



che haben<sup>2</sup>. Weiterhin zeigt sich, dass das Vertrauen der Menschen in die Institutionen der Demokratie in starkem Maße von der Höhe ihrer eigenen Einkommen abhängt.<sup>3</sup> So gibt beispielsweise in den hohen Einkommensklassen nur ein Fünftel an, wenig Vertrauen in den Bundestag zu haben, bei den mittleren Einkommensklassen sind es bereits 30 Prozent und bei den Personen, die als arm gelten, sind es 40 Prozent. Von Personen, die fünf Jahre in ununterbrochener Folge als arm gelten, sogenannte „dauerhaft Arme“, gibt sogar fast die Hälfte an, wenig Vertrauen in den Bundestag zu haben.<sup>4</sup> Bezogen auf Parteien und Politiker ist der Vertrauensunterschied zwischen ökonomisch gut zu schlecht gestellten Personengruppen noch deutlicher: Etwas mehr als ein Drittel der Reichen, aber deutlich mehr als die Hälfte der temporär und dauerhaft Armen hat in Parteien und Politiker nur wenig Vertrauen.<sup>5</sup>

Die WSI-Auswertung der Erwerbersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Sommer 2023<sup>6</sup> hatte bereits ergeben, dass nur 14 Prozent der Erwerbersonen großes oder sehr großes Vertrauen in die Bundesregierung haben, hingegen 53 wenig oder überhaupt kein Vertrauen. Auch in dieser Befragung zeigte sich eine Korrelation zwischen dem entgegengebrachten Vertrauen und der Einkommenssituation: Bei den Befragten mit einem niedrigen Nettoäquivalenzeinkommen von unter 1.500 Euro im Monat haben 62 Prozent wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung, bei den Befragten mit einem höheren Nettoeinkommen von über 3.500 Euro sind es nur 44 Prozent.<sup>7</sup>

**AK-Befragung bestätigt diese Befunde für das Saarland**

Der alarmierende Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und sinkender Zufriedenheit mit der Demokratie zeigt sich auch in den Ergebnissen einer Befragung, welche die Arbeitskammer repräsentativ unter saarländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durchgeführt hat.<sup>8</sup> Zunächst lässt sich feststellen, dass sich deutlich über 80 Prozent der saarländischen Beschäftigten um den zunehmenden Unterschied zwischen arm und reich sorgen (siehe obere Grafik). Und zwar über alle Einkommensgruppen hinweg, also unabhängig davon, ob sie selbst zu den ärmeren oder reicheren Bevölkerungsgruppen gehören. Und auch bei der Frage nach den

Handlungsprioritäten für die Landesregierung hält mehr als die Hälfte der Befragten die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit für eins der drängendsten Themen.

Weiterhin zeigt sich dann ein Zusammenhang zwischen der Sorge um die Schere zwischen arm und reich und der Zufriedenheit mit der Demokratie. Wer sich Sorgen um die wachsende Kluft zwischen arm und reich macht, sieht offenbar auch Grund zur Unzufriedenheit mit der Demokratie. Wobei diejenigen, die wirtschaftlich schlechter dastehen, sich deutlich häufiger unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland äußern als wirtschaftlich besser Gestellte (siehe untere Grafik). Während die Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 3.800 Euro zu 38 Prozent angeben, (eher) unzufrieden mit der Demokratie zu sein, sagen die Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 521 Euro und 1.700 Euro dies zu 63 Prozent.

Es steht außer Zweifel, dass die Politik der letzten Jahrzehnte zu einer größeren Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen geführt hat und ebenso, dass die Einkommen längst nicht mehr für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ein würdiges Dasein und eine sichere Rente ermöglichen. Ohne, dass sich diese Situation substanzial ändert,

wird sich das gesunkene Vertrauen in die Politik und die bestehende demokratische Ordnung nicht wieder erholen. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass populistische Parteien das Versprechen angemessener Einkommen und sicherer Renten gegen eine angeblich nicht mehr funktionierende Demokratie ausspielen. Mit einfachen Scheinlösungen und der Verschiebung der Problemursachen auf die Zuwanderung nach Deutschland wird die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben und eine Mobilisierung gegen das demokratische System befeuert. Vor diesem Hintergrund sind positive Erfahrungen mit demokratischen Verfahren, die im persönlichen Umfeld aufzeigen können, wie demokratische Prozesse zu Stärkung und Durchsetzung eigener In-



Über 80 Prozent der saarländischen Beschäftigten sorgen sich um den zunehmenden Unterschied zwischen Arm und Reich.



Wer weniger verdient, ist unzufriedener mit der Demokratie in Deutschland als wirtschaftlich besser Gestellte.

teressen führen, dringend notwendig. Die Frage ist, wo solche Erfahrungen gemacht werden können. Eine wichtige Möglichkeit hierzu bietet die Arbeitswelt.

### Erlebte Betriebliche Mitbestimmung stärkt demokratisches Bewusstsein

Wie bundesweite Untersuchungen und auch die AK-Beschäftigtenbefragung zeigen, sind die Beschäftigten, die bei ihrer Arbeit mitgestalten können, deren Beschwerden und Vorschläge beachtet werden, die ihre Arbeit selbst planen oder bei der Einführung digitaler Technologien mitreden können, deutlich weniger unzufrieden mit der Demokratie und den politischen Einflussmöglichkeiten (siehe Grafik unten). Wer bei seiner Arbeit Selbstwirksamkeit und demokratische Einflussmöglichkeiten erfährt, erkennt diese Möglichkeiten auch eher im politischen System.

### Empirische Daten zum Zusammenhang von Mitbestimmung und Demokratievertrauen

Die von der Friedrich-Ebert Stiftung publizierte „Mitte Studie“ weist darauf hin,

dass es für die Arbeitswelt „empirisch positive Zusammenhänge von demokratisierenden Aspekten der Mitbestimmung, Mitgestaltung und Solidarität mit demokratischen Einstellungen und Ablehnung von Menschenfeindlichkeit“ gibt.<sup>9</sup> Bezogen wird sich hier auf eine Studie, bei der in ostdeutschen Betrieben untersucht wurde, „wie Beteiligung, Solidarität und Anerkennung hier erlebt werden und wie sich dieses Erleben auf die politischen Einstellungen der Lohnabhängigen auswirkt.“<sup>10</sup> Dass die betrieblichen Erfahrungen von Mitbestimmung, Mitgestaltung und Solidarität einen Einfluss auf die Einstellung der Personen zur (außerbetrieblichen) Demokratie haben, begründen die Autorinnen und Autoren mit der Annahme, dass der Erwerbsarbeit eine wichtige Rolle bei der Persönlichkeitsbildung von Menschen zukommt.<sup>11</sup> In der Studie sollten die Befragten vier Aussagen bewerten:

- Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag nicht übergangen.
- Ich kann in meinem Betrieb offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.
- Probleme oder Konflikte im Betrieb löse ich am besten gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen.

- Wenn ich in meinem Betrieb aktiv werde, kann ich etwas zum Positiven verändern.<sup>12</sup>

Diese Einzelitems zeigen eine deutliche Nähe zu zentralen Aspekten des Konzepts „Gute Arbeit“, wie es vom DGB entwickelt wurde: Partizipation, offenes Meinungsklima, Kollegialität, Mitgestaltung.

Die Autorinnen und Autoren können mit ihren Daten zeigen, dass eindeutige Korrelationen zwischen der Zustimmung zu den vier Aussagen und der Zufriedenheit mit der Demokratie bestehen. Zum einen führt die betriebliche Erfahrung von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung dazu, dass die Personen weniger rechtsextremen Einstellungen zuneigen. Zum anderen stehen Personen mit solchen Erfahrungen der Demokratie positiver gegenüber: Der Demokratie als Idee, der Demokratie als politischem System des deutschen Grundgesetzes und – sogar am deutlichsten – der Demokratie so, wie sie real in Deutschland umgesetzt ist.<sup>13</sup>

Wie die Autoren der Studie schreiben, spielt die „Mitbestimmung als institutionalisierte, demokratische Teilhabe von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in Betrieb und Unternehmen (...) hier eine zentrale Rolle.“<sup>14</sup> Eine gut gelebte, funktionierende betriebliche Mitbestimmung ist damit nachgewiesenermaßen ein wirksames Mittel, um das Vertrauen in die Demokratie und die Zufriedenheit mit ihr zu stärken.

### Stärkung der Demokratie gerade in Zeiten der Transformation und des Kampfes gegen den Klimawandel von entscheidender Bedeutung

Mit der digitalen und ökologischen Transformation besteht das Risiko, dass viele Fragen sozialer Gerechtigkeit weiter verschärft werden. Der Zulauf zu rechtsextremen Gruppierungen wächst auch aufgrund von Abstiegsängsten und dem Gefühl, die Veränderungen nicht bewältigen zu können. Um sich autoritären Kräften wirksam entgegenzustellen, die versuchen, von der Unsicherheit zu profitieren, ist es entscheidend, dass die demokratischen Parteien ihre Politik viel stärker auf soziale Gerechtigkeit ausrichten. Nur durch die Bekämpfung sozialer Ungleichheit und durch die Förderung einer mitbestimmten Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und armutsfesten Löhnen für alle können wir eine lebendige und funktionierende Demokratie aufrechterhalten.



Eine funktionierende betriebliche Mitbestimmung ist ein wirksames Mittel, um das Vertrauen in die Demokratie und die Zufriedenheit mit ihr zu stärken.

In der AK-Beschäftigtenbefragung wurden die Befragten abschließend gefragt, in welchen Politikfeldern sie den größten Handlungsbedarf für die Landesregierung des Saarlandes sehen. Mit rund 69 Prozent der Nennungen an erster Stelle rangierte der Bereich Gesundheitswesen/ Pflege. Den zweiten Rang aber belegte mit rund 51 Prozent das Themengebiet „Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit“. Dieses Signal muss die Politik unbedingt ernst nehmen, wenn die Transformation gelingen und die unabdingbaren Maßnahmen gegen den Klimawandel Realität werden sollen.

*Carina Webel leitet die Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik. Dr. Matthias Hoffmann ist Referent für Arbeitspolitik und betriebliche Sozialpolitik.*

### Online-Befragung der Arbeitskammer

Im Februar 2023 hat die Arbeitskammer des Saarlandes zum ersten Mal eine repräsentative Online-Befragung bei saarländischen abhängig Beschäftigten durchgeführt, begleitet von einem externen wissenschaftlichen Beirat.

Die zentralen Leitfragen waren: Wie sieht die aktuelle Lebens- und Arbeitssituation der saarländischen Beschäftigten aus? Welche Einschätzungen haben die Beschäftigten in Bezug auf die drängendsten Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Transformationsprozess?

Befragt wurden sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Die disproportional geschichtete Stichprobe umfasste 20.000 Personen und wurde auf betriebliche und ausgewählte berufsbezogene Merkmale kontrolliert. Rund 3.000 Befragte haben sich beteiligt. Die Ergebnisse sind für die Grundgesamtheit verallgemeinerbar.

Weitere Informationen und ausgewählte Ergebnisse finden Interessierte unter [www.arbeitskammer.de/themenportale/gute-arbeit/ak-beschaefigt-befragung](http://www.arbeitskammer.de/themenportale/gute-arbeit/ak-beschaefigt-befragung)

#### ANMERKUNGEN |

1) Elsässer, Lea: Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main/ New York 2018.  
2) Brülle, Jan, Dorothee Spannagel: Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. WSI-Verteilungsbericht Nr.90/ 2023, S.5.  
3) Ebd., S.15.  
4) Ebd., „Die gängige Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des Medianeinkommens, bei weniger als 50 Prozent spricht man von strenger Armut. Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das genau in der Mitte liegt, wenn man alle Einkommen der Höhe nach anordnet. Für das Jahr 2022 liegt die Armutsgrenze im Mikrozensus für einen Singlehaushalt bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von knapp 1.200 Euro pro Monat, strenge Armut fängt bei weniger als 1.000 Euro an. Wer ein verfügbares

Haushaltseinkommen von mehr als dem Zweifachen des Medians hat, ist einkommensreich (also knapp 4.000 Euro für eine alleinlebende Person).“, ebd S.7.  
5) Ebd., S.15.  
6) Vgl. WSI Pressedienst vom 14.09.2023 zur Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Juli 2023. Befragt wurden rund 5000 erwerbstätige und arbeitssuchende Personen.  
7) Ebd., S.12.  
8) Arbeitskammer des Saarlandes (Hg.): AK-Beschäftigtenbefragung 2023. Ausgewählte Ergebnisse einer repräsentativen Befragung bei abhängig Beschäftigten im Saarland.  
9) Andreas Zick, Beate Küpper, Niko Mokris (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, S.363.  
10) Kiess, Johannes und Andre

Schmidt: Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie, in: Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.) Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalitäten. Leipziger Autoritarismusstudien 2020, S. 119-149, hier S.119.  
11) Ebd., S. 126.  
12) Ebd., S. 132.  
13) Ebd., S. 138 ff.  
14) Ebd., S. 122.

#### IMPRESSUM |

**Verleger:** Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; **Kontakt:** Telefon (0681) 4005-430, E-Mail: [redaktion@arbeitskammer.de](mailto:redaktion@arbeitskammer.de); **Herausgeber:** Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); **Redaktion:** Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Alexander Stallmann